

Thema 4: Integration ohne politische Stimme? Didaktische Trittsteine zur Diskussion um das Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige

Christiane Hintermann und Herbert Pichler

Lehrplanbezug

- 7. Kl. AHS, Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung
 - ▶ Emanzipatorische, soziale Bewegungen und Gegenströmungen nach 1945 (unter anderem Demokratisierungswellen)
 - ▶ Politisches Alltagsverständnis – die verschiedenen Dimensionen und Ebenen von Politik, Formen und Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte, Motivationen und Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse
- 7. Kl. AHS, Geographie und Wirtschaftskunde
 - ▶ Demographische und gesellschaftliche Entwicklungen
 - ▶ Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 8. Kl. AHS, Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung
 - ▶ Das politische und rechtliche System Österreichs und der Europäischen Union sowie politische Systeme im internationalen Vergleich
- 8. Kl. AHS, Geographie und Wirtschaftskunde
 - ▶ Fragen der europäischen Integration
 - ▶ Wahrnehmung von Völkern und Staaten

Lernziele

- ▶ Die SchülerInnen sollen ihre Ängste und Befürchtungen „AusländerInnen“ und „Fremden“ gegenüber reflektieren sowie die Erwartungen an eine politische Mitbestimmung der MigrantInnen artikulieren.
- ▶ Sie sollen Einsicht und Kenntnis in die derzeitigen Regelungen des Wahlrechtes für ausländische StaatsbürgerInnen auf den verschiedenen Ebenen (Gemeinderatswahlen, Landtagswahlen, Nationalratswahlen) in Österreich gewinnen und die daraus erwachsenden Konsequenzen abschätzen.
- ▶ Die SchülerInnen sollen die gesetzlichen Regelungen sowie deren Konsequenzen europaweit und international vergleichen und in diesem Vergleich die Position Österreichs bestimmen.
- ▶ Die Argumente pro und kontra Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige auf kommunaler Ebene sollen abgewogen werden, um zu einer differenzierten Betrachtungsweise zu gelangen.
- ▶ Dabei sollen besonders die Folgen der vorenthaltenen Teilhabe an der Politik auf die Integrationsbereitschaft und Integrationsmöglichkeiten der Zugewanderten erkannt werden.
- ▶ Basierend auf dieser Auseinandersetzung sollen die SchülerInnen eigene Überlegungen über die Zukunft einer europaweiten Regelung des Wahlrechtes für ausländische StaatsbürgerInnen anstellen.

Zentrale Fragestellungen

- ▶ Sollen Menschen, die in Österreich (längerfristig) leben und arbeiten, aber nicht österreichische StaatsbürgerInnen sind, auch hier wählen dürfen?
- ▶ Unter welchen Bedingungen darf man in Österreich auf welcher politischen Ebene wählen? Wer darf nicht wählen?
- ▶ Welche Folgen kann es haben, einen Teil der Wohnbevölkerung eines Landes

auf Dauer von demokratischen Wahlen auszuschließen? Wie wirkt sich das auf die Integrationsbestrebungen aus?

- ▶ Welche Unterschiede weisen die EU-weiten und internationalen gesetzlichen Regelungen auf?
- ▶ Welche Alternativen gibt es zu diesen derzeit geltenden Regelungen (Doppelstaatsbürgerschaft, Wohnbürgerschaft etc.)?
- ▶ Sollen österreichische StaatsbürgerInnen, die im Ausland leben, weiterhin ein uneingeschränktes Wahlrecht in Österreich haben?

**Methodisch-
didaktische
Vorbe-
merkungen**

Der vorgeschlagene Einstieg E₁ hat das Ziel, als Ventil und Artikulationsmöglichkeit für vorhandene Ängste und Befürchtungen zu dienen, auch (übernommene) Meinungen und Vorurteile können hier deponiert werden. Damit fühlen sich die SchülerInnen ernst genommen und empfinden sich und ihre eigenen Befindlichkeiten im Zentrum des Unterrichtsgeschehens. Die latent immer mitschwingenden Emotionen und Gedanken werden transparent und manifest gemacht. Daneben ist dies auch eine Gelegenheit, die Bandbreite des Meinungsbildes in der Klasse aufzuzeigen. Hier scheint es gewinnbringend zu sein, durch die Methode des Anzetteln die einzelnen Beiträge zu anonymisieren, um auch Meinungsäußerungen zu erleichtern, die von in der Klasse dominierenden Ansichten abweichen. SchülerInnen notieren Ängste/Befürchtungen und Erwartungen auf jeweils andersfarbige Kärtchen (A4-Papier), die/der LehrerIn ordnet unter Beteiligung der SchülerInnen die einzelnen Meinungsspenden thematisch sinnvoll zu. Das Anzetteln „zettelt“ im mehrfachen Wortsinn hier erste Gesprächsanlässe und Diskussionen an.

Auftretende Fragen sollten sofort auf einem eigenen Plakat notiert werden, um nicht vergessen zu werden und um zur gegebenen Zeit (von den SchülerInnen selbst) bearbeitet und beantwortet zu werden.

Der Fragebogen E₂ (Im Ausland ist jede/r AusländerIn) versetzt die SchülerInnen in eine – der Situation von MigrantInnen in Österreich entsprechenden – Entscheidungssituation. Von Beginn an sollen die persönlichen Konsequenzen der Verknüpfung von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht am Beispiel eigener Zukunftspläne durchdacht werden. Möglicherweise gelingt dadurch der Transfer eigener Überlegungen und Betroffenheit auf die Reflexion der Situation der weitgehenden politischen Ausgeschlossenheit der ZuwanderInnen in Österreich. SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind eine Alltagsrealität in den österreichischen Schulklassen. Ihre eigenen Erfahrungen mit Migration und Integration im Zielland machen sie und ihre Eltern zu „ExpertInnen“ im thematischen Kontext. Dies kann gewinnbringend sein, weil hier authentische Berichte unmittelbar in den Unterricht einfließen können. Zudem liegt ein wesentlicher qualitativer Unterschied darin, ob im Unterricht „über“ ausländische StaatsbürgerInnen gearbeitet oder gemeinsam mit ausländischen SchülerInnen das Thema entwickelt wird. Es obliegt freilich dem Fingerspitzengefühl der Lehrerin/des Lehrers abzuschätzen, inwiefern einzelne SchülerInnen derart ins Zentrum der Auseinandersetzung gestellt werden wollen. Unter anderem kann hier aber der innere Konflikt „Werde ich als eingebürgerte ‚StaatsbürgerIn‘ immer noch als Fremde/r wahrgenommen bzw. wie definiere ich mich nun selbst?“ thematisiert werden. (vgl. Pichler, „AusländerInnen“ im GW-Unterricht, 2002)

E₁ Anzetteln: Wahlrecht für AusländerInnen?

- Welche Erwartungen verbinden Sie mit dem Wahlrecht für AusländerInnen?
- Welche Ängste und Befürchtungen verbinden Sie mit dem Wahlrecht für AusländerInnen?

Notieren Sie anonym jeweils Stichworte auf einzelne Kärtchen.

E₂

Fragebogen: Im Ausland ist jede/r AusländerIn	
Haben Sie schon konkret darüber nachgedacht, einmal ins Ausland zu ziehen?	
JA	NEIN
Können Sie sich vorstellen, ein paar Jahre im Ausland zu studieren oder zu arbeiten?	
JA	NEIN
Können Sie sich vorstellen überhaupt auszuwandern?	
JA	NEIN
Würden Sie die österreichische Staatsbürgerschaft aufgeben, wenn Sie längerfristig im Ausland leben und arbeiten?	
JA	NEIN
Unter welchen Bedingungen würden Sie eine andere Staatsbürgerschaft annehmen? (Begründen Sie auch, wenn Sie die Staatsbürgerschaft auf keinen Fall aufgeben würden.)	
.....	
Sie leben schon acht Jahre lang im Land XY, haben aber immer noch die österreichische Staatsbürgerschaft. Stört es Sie, dass Sie in XY nicht wählen dürfen und damit nicht über Ihr Lebens- und Arbeitsumfeld mitbestimmen dürfen? (Begründen Sie Ihre Antwort.)	
Welche Fragen interessieren Sie zu diesem Thema?	

A₁ Standortbestimmung: Wer darf in Österreich wählen, wer nicht?

Recherchieren Sie die gültigen gesetzlichen Regelungen zum AusländerInnenwahlrecht in Österreich und setzen Sie Ihre Ergebnisse auf einem Plakat um. Berücksichtigen Sie auch die möglichen Folgen dieser Regelungen für alle Betroffenen (Aigner und Steininger: Informationsteil und M₂, vgl. „Wahlrecht für AusländerInnen“ von Rainer Bauböck und Barbara Liegl zu finden unter www.demokratiezentrum.org/-pdfs/bauboeck_17_1_2.pdf (unter „Who is Austria“ > Pfad „Demokratieprozesse“) und „Wessen Stimme zählt“ von Rainer Bauböck, zu finden unter www.iwe.oeaw.ac.at/workingpapers/WP35.pdf).

A₂ Wer darf wo (nicht) wählen? Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige im internationalen Vergleich

Verbalisieren Sie die Hauptaussagen der Tabelle in M₂ in Form eines Kommentars. In der Tabelle werden ausgewählte EU-Staaten, Beitrittsländer (Mai 2004) und klassische

Einwanderungsländer gegenübergestellt. Können Sie Bevorzugungen bestimmter Länder feststellen? Stellen Sie Vermutungen über die Hintergründe und Konsequenzen dieser Regelungen an. (Der Atlas und ein Historischer Atlas können hier helfen.)
Nähere Detailinformationen unter www.demokratiezentrum.org/pdfs/waldrauch_wahlrechte.pdf

A₃ Wer mitbestimmen will, fühlt sich zugehörig: Wollen ausländische Staatsangehörige wählen?

Wollen nichtösterreichische StaatsbürgerInnen in Österreich wählen? Vergleichen Sie das Interesse an einer zukünftigen Wahlbeteiligung (M₃) mit der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen.

Interpretieren Sie im Zusammenhang auch die Ergebnisse einer Befragung von AusländerInnen nach den subjektiv empfundenen Hemmnissen für eine Integration in Österreich. (E₂, M₃–M₄, vgl. www.iwe.oeaw.ac.at/workingpapers/WP35.pdf; Bauböck, Wessen Stimme zählt, 2003; Kohlbacher/Reeger, Xenophobie aus der Perspektive der „anderen“ – Erfahrungen und Bewältigungsstrategien betroffener AusländerInnen, 2000; Pelinka 1994).

A₄ Pro und kontra Wahlrecht für nichtösterreichische StaatsbürgerInnen

Starten Sie eine Umfrage zum Wahlrecht für nichtösterreichische StaatsbürgerInnen in der Klasse (allgemeine Einstellung, Begründungen für diese Meinung etc.). Konfrontieren Sie anschließend Ihre Eltern und Großeltern mit den gleichen Fragen. Versuchen Sie Erklärungen dafür zu finden, wenn sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Meinungsbild und im Antwortverhalten feststellen lassen. (M₁)

A₅ Wessen Stimme zählt? Sollen ausländische Staatsangehörige in Österreich wählen dürfen?

1. Suchen Sie sich eine der Personen aus, die in M₅ als Fallbeispiele angeführt sind, die Namen können im Bedarfsfall auch gegen Männernamen ausgetauscht werden. Schlüpfen Sie in diese Rolle und bereiten Sie sich (eventuell in Gruppen) auf die möglichst einprägsame Darstellung Ihrer Lebenssituation (Rolle) vor. (M₁, M₅)

2. Jeweils ein/e VertreterIn der Betroffenen diskutiert unter Anleitung einer Moderatorin/eines Moderators über die Frage, ob die in Wien eingeführte Regelung zum AusländerInnenwahlrecht österreichweit übernommen und ausgeweitet werden soll oder nicht. Ein zusätzlicher Sessel in der Diskussionsrunde ermöglicht es dem Publikum, sich phasenweise in die Diskussion einzumischen (= Fish Bowl).

A₆ Weißbuch Wahlrecht für NichtstaatsbürgerInnen

Wie in vielen Politikbereichen strebt die EU eine Vereinheitlichung der Integrationspolitik an. Erarbeiten Sie paarweise oder in Kleingruppen Vorschläge für eine einheitliche neue Regelung des Wahlrechtes für DrittstaatsbürgerInnen innerhalb der EU. Fassen Sie die Argumente für Ihre Position pointiert zusammen und verweisen Sie in Ihrer medial unterstützten Präsentation vor der Klasse (Overheadfolie, Plakat) auch auf internationale Beispiele. (M₁–M₅)

M₁ Pro und kontra Wahlrecht für Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft
(siehe Informationsteil Aigner S. 57)

M₂**Aktives Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige auf kommunaler Ebene in ausgewählten Staaten im Vergleich**

Staaten	Wahlrecht in Kraft seit	Regelung gilt für	Bedingung: Aufenthaltsdauer
Dänemark*	1977 bzw. 1981	alle Staaten	Nordische Staaten ¹⁾ : keine Alle anderen: 3 Jahre
Finnland*	1981 bzw. 1991	alle Staaten	Nordische Staaten: keine Alle anderen: 2 Jahre
Irland*	1963 bzw. 1974	alle Staaten	Keine
Niederlande*	1985	alle Staaten	5 Jahre
Österreich* (nur Wien!)	2002	alle Staaten	5 Jahre
Portugal*	1971, 1982 bzw. 1997	Brasilien, Kap Verde, Argentinien, Chile, Estland, Israel, Norwegen, Peru, Uruguay, Venezuela	2 bzw. 3 Jahre für aktives Wahlrecht
Schweden*	1975	alle Staaten	Nordische Staaten: keine Alle anderen: 3 Jahre
Spanien*	1985	Norwegen (1990)	3 Jahre
Vereinigtes Königreich*	1972	Commonwealth- Staaten und Irland	Keine
Slowakei	2002	alle Staaten	Keine, aber dauerhafter Wohnsitz
Tschechische Rep.	2001	Soll in interna- tionalen Verträgen geregelt werden	Keine, aber dauerhafter Wohnsitz
Slowenien	2002	alle Staaten	Keine, aber dauerhafter Wohnsitz
Ungarn	1990	alle Staaten	Keine, aber dauerhafter Wohnsitz
Australien	für UK 1948	alle Staaten	1 Monat in Gemeinde
Neuseeland	für UK: seit jeher, sonstige: 1975	alle Staaten	UK: keine sonstige: 1 Jahr
USA	In Bundesstaaten unterschiedlich	alle Staaten	keine Informationen verfügbar

* In diese Tabelle wurden nur jene EU-Länder aufgenommen, in denen es ein Wahlrecht für DrittstaatenbürgerInnen auf kommunaler Ebene gibt. Innerhalb der EU gilt grundsätzlich das Wahlrecht für EU-BürgerInnen auf kommunaler Ebene.

¹⁾ Die Gruppe der nordischen Staaten umfasst Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden.

Vereinfacht nach: Waldrauch, Harald: Wahlrecht ausländischer Staatsangehöriger in europäischen und klassischen Einwanderungsstaaten. 2003, S. 64f., online zugänglich auf www.demokratiezentrum.org/pdfs/waldrauch_wahlrechte.pdf (Pfadangabe: Who is Austria > Route „Demokratieprozesse“ > Station „Alle Macht geht vom Volk aus“)

M₃**Potenzielle Wahlbeteiligung in Prozent. Wollen MigrantInnen in Wien wählen?**

Frage: Wenn Sie bei Gemeinde- oder Bezirksvertretungswahlen in Wien wählen dürften, würden Sie an der Wahl auf jeden Fall, eher schon, eher nicht oder sicher nicht teilnehmen?

Anmerkung: nur Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft wurden (getrennt nach Nationalitäten) befragt, Angaben in Prozent, (n=423).

	auf jeden Fall	eher schon	eher nicht	sicher nicht	weiß nicht
Gesamt	43	27	8	4	17
PollInnen	57	32	5	0	5
TürkInnen	44	26	4	6	20
SerblInnen	42	28	10	4	16
KroatInnen	41	23	9	5	23
BosnierInnen	33	38	10	4	15

Vereinfacht nach: Institute for Social Research and Analysis (SORA): Erwartungen der Betroffenen an ein Ausländerwahlrecht: Eine Umfrage unter MigrantInnen in Wien. Endbericht. 2002, S. 68.

M₄ Subjektiv empfundene Problembereiche und Integrationshindernisse in Österreich
(Anteile der Ja-Antworten in Prozent aller Antworten)

Problembereiche	Deutsche	PollInnen	TürkInnen	StaatsbürgerInnen Ex-Ju	Insgesamt
Gesetzliche Bestimmungen	24,2	34,7	60,0	47,3	42,0
Probleme mit Ämtern und der Polizei	27,2	32,8	57,7	29,7	36,9
Arbeitslosigkeit	6,5	26,7	54,9	23,9	28,3
Finanzielle Lage	9,8	38,5	60,4	50,0	40,7
Wohnsituation; Mieten	13,2	36,4	62,7	59,9	43,8
Deutschkenntnisse	–	25,8	39,4	32,7	25,4
AusländerInnenfeindlichkeit	7,6	16,5	48,5	25,5	24,6
Fremdartige Kultur in Österreich	5,4	5,8	37,1	9,4	14,0
Mangelnde Mitsprache in der Politik	32,6	7,5	70,5	28,4	33,8

Anmerkung: Befragte sind in Österreich lebende ausländische StaatsbürgerInnen (nach Nationalitäten), Gallup 2000 (vereinfacht nach: Kohlbacher, Josef/Reeger, Ursula, in: Fassmann, Heinz/Stacher, Irene (Hrsg.): Österreichischer Migrationsbericht 2003. Klagenfurt/Celovec 2003, S. 358)

M₅ Einfach zum Nachdenken – Fallbeispiele

Staatsangehörige anderer EU-Staaten und so genannte Drittstaatenangehörige (alle anderen Staaten) haben innerhalb der Europäischen Union nicht die gleichen politischen Rechte. Ist das gerecht?

- *Maria Z. ist 35*, in Athen geboren, griechische Staatsbürgerin und lebt seit fünf Monaten in Graz. Wenn alles kommt, wie sie es plant, bleibt sie noch drei Monate in Österreich und möchte dann ein Jahr in Deutschland verbringen, um ihre Deutschkenntnisse zu perfektionieren, bevor sie wieder nach Griechenland zurückgeht. Wären morgen Gemeinderatswahlen in Graz, hätte Maria die Möglichkeit, wählen zu gehen.
- *Maria G. ist 37*, in Zagreb auf die Welt gekommen, kroatische Staatsbürgerin und lebt seit 15 Jahren in Graz. Sie möchte auf jeden Fall bis zu ihrer Pensionierung in Österreich bleiben und danach vielleicht nach Kroatien zurückgehen. Maria hat keine Möglichkeit, bei Wahlen in Österreich ihre Stimme abzugeben.

AuslandsösterreicherInnen behalten mit ihrer Staatsbürgerschaft politische Rechte, die auf Dauer in Österreich lebenden ausländischen StaatsbürgerInnen verwehrt sind.

- *Patricia S. ist 36 Jahre*, österreichische Staatsbürgerin und lebt seit ihrer Geburt in Paraguay. Ihre Eltern sind, bevor sie auf die Welt gekommen ist, nach Südamerika ausgewandert. Patricia lebt mit ihrem Mann und ihren Kindern in Paraguay und hat auch die Absicht, ihr Leben dort zu verbringen. Seit 1990 sind AuslandsösterreicherInnen mittels Wahlkarten in Österreich wahlberechtigt, Patricia hat seither die Gelegenheit genutzt, an österreichischen Nationalratswahlen teilzunehmen.
- *Nurten K. ist 28 Jahre*, türkische Staatsbürgerin und lebt seit ihrer Geburt in Österreich. Sie hat keine Möglichkeit, an Gemeinderats-, Landtags- oder Nationalratswahlen in Österreich teilzunehmen, auch wenn sie im Vergleich zu Patricia unmittelbar von Gesetzgebung und politischem Alltag in Österreich betroffen ist.

Die fiktiven Fallbeispiele sind basierend auf der gegenwärtigen Gesetzeslage erstellt worden.